

14. Bundesversammlung

Angelobung des neugewählten Bundespräsidenten



Stenographisches Protokoll

14. Bundesversammlung der Republik Österreich

Mittwoch, 8. Juli 1992

Tagesordnung

Angelobung des Bundespräsidenten Dr. Thomas Klestil

Am 8. Juli 1992 trat die Bundesversammlung im Sitzungssaal des ehemaligen Abgeordnetenhauses zur feierlichen Angelobung des Bundespräsidenten Dr. Thomas Klestil zusammen.

Der Sitzungssaal ist mit Blumen und Blattpflanzen reich geschmückt, an dessen Stirnwand über dem Präsidium prangt die Fahne Rot-Weiß-Rot, darauf das Wappen der Republik.

Auf der Regierungsbank nehmen die Mitglieder der Bundesregierung und die Staatssekretäre Platz. In den vorderen Bankreihen des Halbrunds sitzen die Abgeordneten zum Nationalrat und die Bundesräte, dahinter als Festgäste Präsidenten der Höchstgerichte, der Präsident des Rechnungshofes, Volksanwälte, Landeshauptmänner, Landtagspräsidenten, Mitglieder der Landesregierungen, ehemalige Mitglieder der Bundesregierung und der gesetzgebenden Körperschaften, Repräsentanten von Interessenvertretungen, hochrangige Persönlichkeiten aus Bereichen des öffentlichen Lebens sowie höhere Beamte.

In den Balkonlogen haben sich weitere geladene Gäste, so die Familie des neugewählten Bundespräsidenten Dr. Klestil, der scheidende Bundespräsident Dr. Kurt Waldheim mit Familie, Altbundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger mit Gattin, Vertreter des Diplomatischen Corps sowie hohe kirchliche Würdenträger, eingefunden. Die Galerie ist mit Besuchern voll besetzt.

Um 11 Uhr betritt Bundespräsident Dr. Thomas Klestil, begleitet vom Präsidenten des Bundesrates und vom Präsidenten des Nationalrates, vom Bundeskanzler und vom Vizekanzler sowie vom Parlamentsdirektor, unter den Klängen einer von Mitgliedern des Bläserensembles des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters vorgetragenen Festfanfare den Saal. Er wird vom Vorsitzenden der Bundesversammlung Dr. Herbert Schambeck zu dem in der Mitte des Saales vor den Abgeordnetenbänken aufgestellten Fauteuil geleitet.

Das Präsidium nimmt auf der Estrade Platz. Der Präsident des Bundesrates Dr. Herbert Schambeck führt den Vorsitz in der Bundesversammlung. Rechts und links von ihm sitzen der Präsident des Nationalrates Dr. Fischer, der Zweite Präsident des Nationalrates Dr. Lichal, die Dritte Präsidentin des Nationalrates Dr. Heide Schmidt, die Vizepräsidenten des Bundesrates Strutzenberger und Dr. Strimitzer sowie Parlamentsdirektor Dr. Ruckser.

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten

Vorsitzender: Präsident des Bundesrates Dr. Herbert **Schambeck**.

Schriftführer: Abgeordneter Dr. Johann **Stippel**, Bundesrätin Grete **Pirchegger**.

Vorsitzender: Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Hohe Bundesversammlung! Meine Damen und Herren! In meiner Eigenschaft als Präsident des Bundesrates gemäß Artikel 39 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes zum Vorsitz in der Bundesversammlung berufen, erkläre ich die Sitzung für *eröffnet*.

Ich begrüße mit allen erschienenen Abgeordneten zum Nationalrat und Mitgliedern des Bundesrates den neugewählten Herrn Bundespräsidenten Dr. Thomas Klestil mit seiner Frau Gemahlin und seiner Familie. (*Beifall.*) In gleicher Weise gilt mein Gruß seinen Vorgängern, den Herren Altbundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger und Dr. Kurt Waldheim, mit ihren Gattinnen. (*Beifall.*)

Mit uns sind gekommen Herr Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky, Herr Vizekanzler Dr. Erhard Busek und die weiteren Mitglieder der Bundesregierung sowie die Repräsentanten aller österreichischen Bundesländer. (*Beifall.*)

Ich begrüße die Vertreter des Diplomatischen Corps, an der Spitze dessen Doyen, den Herrn Apostolischen Nuntius Seine Exzellenz Erzbischof Donato Squicciarini. (*Beifall.*)

Dank für ihr Kommen sei auch allen Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften mit den Eminenzen Hans Hermann Kardinal Groer und Franz Kardinal König gesagt. (*Beifall.*)

Schließlich gilt mein Gruß allen erschienenen Damen und Herren sowie allen Österreicherinnen und Österreichern, welche am Bildschirm und im Rundfunk mit Zeugen dieser 14. Bundesversammlung der Republik Österreich sind.

Für die Bundesversammlung ersuche ich Herrn Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Johann Stippel und Frau Bundesrätin Grete Pirchegger, das Amt der Schriftführer zu übernehmen.

Der Vorsitzende der Bundesversammlung Dr. Herbert Schambeck eröffnet die Sitzung



Die Bundesversammlung tritt am heutigen Tage im Sinne des Artikels 38 des Bundes-Verfassungsgesetzes zur Angelobung des Herrn Bundespräsidenten zusammen. Ich ersuche daher nunmehr den Herrn Bundespräsidenten, das in der Verfassung vorgeschriebene Gelöbnis zu leisten, indem er die Gelöbnisformel, die ich verlesen werde, nachspricht. *(Die Versammelten erheben sich von den Sitzen. — Der Vorsitzende verliest die Gelöbnisformel.)*

Bundespräsident Dr. Thomas **Klestil**: Ich gelobe, daß ich die Verfassung und alle Gesetze der Republik getreulich beobachten und meine Pflicht nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen werde. — So wahr mir Gott helfe!

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Bundespräsidenten. Die Angelobung ist damit vollzogen. *(Lang anhaltender Beifall. — Die Versammelten nehmen die Plätze wieder ein.)*

Ansprache des Vorsitzenden Dr. Schambeck

Vorsitzender: Sehr verehrter Herr Bundespräsident! Meine Damen und Herren! Mit diesem vor der Bundesversammlung geleisteten Gelöbnis haben Sie nunmehr das Amt des Staatsoberhauptes der Republik Österreich angetreten, und ich darf mir gestatten, Ihnen hiezu namens aller Anwesenden und persönlich aufrichtig zu gratulieren.

Sie haben damit das höchste Amt in unserem Staate übernommen, zu dem Sie mit großer Mehrheit in allen österreichischen Bundesländern unser Volk selbst berufen hat. Wie keine andere Wahl in unserer demokratischen Republik ist die des Bundespräsidenten ein persönlicher Vertrauensbeweis, der Sie in gleicher Weise berechtigt, erster Repräsentant, und verpflichtet, erster Diener des Staates zu sein.

Unser Volk hat Sie in einem beeindruckenden Wahlakt für die kommenden sechs Jahre zur Vertretung unserer Republik berufen. Neben der Repräsentation dieser unserer bundesstaatlichen demokratischen Republik wird es gleichzeitig darauf ankommen, in der Pluralität unserer freien Gesellschaft die Integrationskraft in unserem Staat zum Tragen zu bringen, um das Ganze unseres Gemeinwesens gegenüber allem Unterschiedlichen verständlich zu machen, damit die Unterschiedlichkeiten nicht zu Gegensätzlichkeiten und nicht zum Trennenden werden.

In Erfüllung dieser Repräsentations- und Integrationsfunktion Ihres Amtes sind Sie den Grundsätzen unserer österreichischen Bundesverfassung als Wahrer und Vermittler verpflichtet. Durch die Ausübung der Ihnen übertragenen Zuständigkeiten sind Sie das einzige Staatsorgan, dem eine innere und aktive Verbundenheit zu allen drei Staatsfunktionen: Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit und Verwaltung, zukommt. Dabei gilt es, sowohl auf die Kontinuität unseres Staats- und Verfassungslebens bedacht zu sein wie die Anliegen unserer Mitmenschen sehr ernst zu nehmen.

Unser Staat ist auch ein sozialer Rechtsstaat geworden und verlangt mannigfaltiges Verstehen, Entgegenkommen und Helfen. Der Mensch unserer Tage ist nicht daran interessiert, wer im Staat gegen wen ist, sondern wer für ihn da ist und auf wen er sich verlassen kann.

Diese Erwartungen haben Sie, Herr Bundespräsident, auch in Ihrer Kandidatur angesprochen. Über alle Grenzen der Länder, der politischen Parteien und der beruflichen Interessenvertretungen hinweg haben Ihnen Frauen und Männer unseres Volkes ihr Vertrauen geschenkt und erwarten nun Ihren Einsatz und Ihre Verantwortung.

Hohe Festversammlung! Verantwortung tragen verlangt Antwort zu geben, Antwort zu geben in persönlicher tätiger Nächstenhilfe dem Mitmenschen, Antwort zu geben den politischen Parteien und den Interessenverbänden, damit sie im Zusammenwirken mit Ihnen, Herr Bundespräsident, den Dienst für die Gesamtheit unseres Volkes leisten.

In Erfüllung dieser Verantwortung stehen Sie, Herr Bundespräsident, in der Geschichte unseres Vaterlandes an einer Wende. Nach Persönlichkeiten an der Spitze des österreichischen Staates, die den Weg von der sogenannten Ersten zur sogenannten Zweiten Republik aktiv miterlebt haben — hier habe ich mit Respekt die Namen Dr. Karl Renner, Theodor Körner, Dr. Adolf Schärf, Franz Jonas, Dr. Rudolf Kirchschläger und Dr.



Bundespräsident Dr. Thomas Klestil leistet die Angelobung

Kurt Waldheim zu nennen —, sind Sie der erste Bundespräsident Österreichs, welcher in der Nachkriegszeit aufgewachsen ist.

Herr Bundespräsident! Möge es Ihnen in Ausübung Ihres Amtes gelingen, so wie es unsere Zeit verlangt, mit Ihrer Persönlichkeit glaubwürdige Autorität im Staat und mit unserem Staat auch in der Zukunft ein beachteter und geachteter Repräsentant Österreichs in der Völkergemeinschaft zu sein.

Sicher werden Ihnen in der Erfüllung dieser Ihrer Aufgaben aufgrund Ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeiten Erfahrungen im internationalen Leben, die schon in einem besonderen Maße Ihre beiden verehrungswürdigen Vorgänger ausgezeichnet haben, ebenso zugute kommen wie der Elan und die Zielstrebigkeit, mit der Sie alle Ihre bisherigen Aufgaben im In- und Ausland zu erfüllen wußten.



Der Vorsitzende der Bundesversammlung Dr. Herbert Schambeck bei seiner Ansprache

Sie haben damit die Möglichkeit, Österreich in dieser Zeit des historischen Umbruchs auf dem Weg zu einem sich hoffentlich immer mehr integrierenden Europa prägend zu führen und in den letzten Jahren vor dem Jahr 2000, in welche auch Jubiläen unseres Landes, nämlich unseres Namens Österreich, unserer Republik und unserer Verfassung fallen werden, zu einem neuen Bewußtsein der Verantwortung für unsere Heimat und unser Volk beizutragen.

In diese Pflicht genommen, begleiten Sie, Herr Bundespräsident, und auch Ihre verehrte Frau Gemahlin unsere aufrichtigen Glück- und Segenswünsche. *(Anhaltender Beifall.)*

Ich ersuche nunmehr den Herrn Präsidenten des Nationalrates, Dr. Fischer, das Wort zu ergreifen.

Ansprache des Präsidenten des Nationalrates

Präsident Dr. Heinz **Fischer:** Herr Bundespräsident! Hohe Bundesversammlung! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein chinesisches Sprichwort sagt: Auch die längste Reise beginnt mit einem ersten Schritt. Die Amtsperiode des österreichischen Bundespräsidenten dauert 2 191 Tage. Heute haben Sie, Herr Bundespräsident, Ihre



Der Präsident des Nationalrates Dr. Heinz Fischer bei seiner Ansprache

Amtsperiode mit der Angelobung und mit dem ersten dieser fast 2 200 Tage begonnen. Im Namen des österreichischen Nationalrates darf ich Ihnen viel Erfolg für Ihre Tätigkeit auf diesem langen und sicher nicht immer leichten Weg wünschen.

Meine Damen und Herren! So wie man 1986 vieles von dem nicht vorhersehen konnte, was sich bis 1992 ereignet hat, so ist es uns natürlich auch heute nicht vergönnt, den Weg Österreichs, den Weg Europas für die nächsten sechs Jahre exakt vorzuberechnen. Und dennoch ist der Mensch das einzige Lebewesen, das sich rational, intellektuell und individuell mit Fragen der Gestaltung der Zukunft auseinandersetzt — einem Thema also, das sich am Beginn einer solchen Wegstrecke geradezu aufdrängt.

Unter Ihrer Amtszeit, Herr Bundespräsident, werden sich die Strukturen Europas weiterentwickeln, und das neutrale Österreich wird Verhandlungen mit den Europäischen Gemeinschaften über eine Mitgliedschaft in einer erweiterten Gemeinschaft führen, der auch Länder wie Schweden, Finnland oder die Schweiz beitreten wollen. Ich wünsche uns, daß wir diese Verhandlungen selbstbewußt, mit aufrechtem Gang und so erfolgreich führen, daß ein Verhandlungsergebnis erzielt wird, mit dem sich ein möglichst großer Teil unserer Bevölkerung identifizieren kann.

In diesen sechs Jahren Ihrer Amtsperiode, Herr Bundespräsident, wird sich auch das

politische System unseres Landes weiterentwickeln. Denn der kluge Satz des früheren französischen Staatspräsidenten Herriot, der gemeint hat: „Wer die Demokratie stabil halten will, muß sie in Bewegung halten“, hat auch für Österreich Gültigkeit. Wir wissen, daß das demokratische System — und das ist geradezu charakteristisch für das demokratische System — kein Stadium der Endgültigkeit kennt, daß Errungenschaften sehr rasch zu Selbstverständlichkeiten werden und daß die Reform der Reform das tägliche Brot der demokratischen Evolution ist.

Dennoch — oder gerade deshalb — ist es notwendig, manchmal innezuhalten, den Kompaß zu Rate zu ziehen, den Höhenmesser zu überprüfen und die Landkarte zu studieren, um die wesentlichen Orientierungspunkte, das Woher und Wohin nicht aus den Augen zu verlieren und bei der Festlegung eines Reformkurses zwischen allumfassender fundamentalistischer Kritik auf der einen Seite und selbstgefälliger Reformverweigerung auf der anderen Seite einen demokratischen, vernünftigen Mittelweg zu finden.

Ist man bereit, politische Urteile mit Augenmaß abzugeben, dann wird man nicht abstreiten, daß sich das politische System der Zweiten Republik alles in allem — insbesondere wenn man es vor dem Hintergrund der Ersten Republik betrachtet oder mit den Problemen in anderen europäischen Staaten vergleicht — gut entwickelt hat.

In diesem Sinne haben die Österreicherinnen und Österreicher allen Grund, auf unser Land, auf unsere Heimat, auf die ökonomische Leistungsfähigkeit und auf die politische Stabilität dieser Republik stolz zu sein. Wahr ist allerdings, daß sich die Bürger der europäischen Demokratien — und das gilt in wachsendem Maße auch für Österreich — nicht nur die Lösung von Sachfragen, sondern in verstärktem Ausmaß auch geistige Führung und Orientierung erhoffen.

Arthur Köstler hat in seinem vor mehr als 50 Jahren geschriebenen und noch immer atemberaubend aktuellen Buch „Sonnenfinsternis“ die Theorie vom politischen Pendelschlag entwickelt. Im Sinne dieser Theorie folgt auf die Konsumgesellschaft, auf die Demoskopiedemokratie — um einen Begriff von Bundespräsident Weizsäcker aufzugreifen — und auf ein geistiges Vakuum, das durch den Zusammenbruch großer Ideologien noch verstärkt wurde, wieder das ausgeprägtere Bedürfnis nach klaren Standpunkten und politischen Koordinatensystemen. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Die Theorie vom Pendelschlag ist auch anwendbar auf eine andere Grundsatzfrage unseres politischen Systems, nämlich die Frage nach der Rolle der Parteien in der Demokratie.

Wir müssen zugeben, daß die politischen Parteien in Österreich aus einer Reihe von spezifischen historischen Ursachen Jahre hindurch wahrscheinlich mehr Macht ausgeübt haben, mehr Entscheidungen an sich gezogen haben und stärker in Kategorien der Besitzstandswahrung gedacht haben, als dies für eine pluralistische Demokratie, die sich dem Grundsatz absoluter Chancengleichheit aller Bürger verpflichtet fühlt, gut ist.

Ich sehe aber jetzt mit vielen Freunden aus allen politischen Lagern die Gefahr eines Pendelschlages in die entgegengesetzte Richtung, und zwar dahin gehend, daß das Bekenntnis zu einer politischen Partei oder die Mitarbeit in einer politischen Partei sich von einem vielleicht ungerechtfertigten Vorteil zu einem nicht weniger ungerechtfertigten Nachteil entwickeln könnte.

Die Feststellung, daß die Existenz und die Vielfalt politischer Parteien wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung sind, ist immerhin Teil des österreichischen Verfassungsrechtes und muß allein schon aus diesem Grunde ernst genommen werden. Der Idealismus der Männer und Frauen, die auf den verschiedensten Ebenen in diesem Land ihre Arbeit im Sinne der Demokratie auch und gerade in politischen Parteien leisten, soll und darf nicht geringgeschätzt werden.

Darüber hinaus bin ich der Meinung, daß die Qualität einer parlamentarischen Demokratie gar nicht so wenig von der Qualität der politischen Parteien abhängt und daß die Denunzierung des politischen Engagements den Bemühungen um die Qualität der politischen Parteien zuwiderlaufen kann. Es sollte in Österreich weder Parteienallmacht

noch Parteienohnmacht geben. Unser Ziel muß es sein, das Bekenntnis zu einer Partei weder zu einer Bevorzugung noch zu einer Benachteiligung werden zu lassen. *(Beifall.)*

Herr Bundespräsident! Hohe Bundesversammlung! Mit der Qualität der politischen Parteien hängt nicht zuletzt auch die politische Kultur eines Landes zusammen.

Politische Kultur, das ist zugegebenermaßen ein weitgespannter Begriff, bei dem die Akzente von den Oppositionsparteien wahrscheinlich anders gesetzt werden als von den Regierungsparteien. Aber es kann meines Erachtens nicht grundsätzlich falsch sein, wenn man politische Kultur als die Einhaltung der geschriebenen und ungeschriebenen Spielregeln der Demokratie, als die Übertragung der Regeln des Fair play auf die Ebene der Politik definiert und hinzufügt, daß sich politische Auseinandersetzungen bei aller Härte so abspielen sollen, ja so abspielen müssen, daß der interessierte Bürger sich nicht irritiert oder manchmal vielleicht sogar bestürzt abwendet.

Es war Karl Popper, der übrigens in wenigen Tagen seinen 90. Geburtstag feiern wird, der in seinem Buch „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ vom Politiker Dialogfähigkeit verlangt hat, das heißt eine Einstellung, die zugibt — ich zitiere —, „daß ich mich irren kann, daß du recht haben kannst und daß wir zusammen der Wahrheit vielleicht auf die Spur kommen werden“. — Zitatende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mechanismen der politischen Auseinandersetzungen via Fernschreiber sind uns allen wohlbekannt, und die verbale Abrüstung ist vielleicht nicht weniger schwierig als jene im Bereich der echten Waffenarsenale. Denn von der Erkenntnis „Nothing succeeds more than success“ ist es manchmal nur ein kleiner Schritt zu der verhängnisvollen Devise, wonach der Zweck die Mittel heiligt.

Herr Bundespräsident! Das Zusammenwirken der gesetzgebenden Körperschaften mit dem Bundespräsidenten hat in der Vergangenheit auf der Basis der einschlägigen Bestimmungen der Bundesverfassung stets in hervorragender Weise funktioniert. Ich bin davon überzeugt, daß sich daran auch in Zukunft nichts ändern und die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Arbeitsteilung ihre volle Gültigkeit behalten wird.

In diesem Sinne darf ich Ihnen, Herr Bundespräsident, nochmals wünschen, daß es Ihnen gelingen möge, Ihr verantwortungsvolles Amt zum Wohle der Republik und zum Wohle aller Bürger dieses Landes erfolgreich auszuüben. — Ich danke sehr. *(Anhaltender Beifall.)*

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Präsidenten des Nationalrates für seine Ansprache und bitte nun Sie, Herr Bundespräsident, zum ersten Mal als Staatsoberhaupt zu uns zu sprechen.

Ansprache des Bundespräsidenten

Bundespräsident Dr. Thomas **Klestil** *(mit Beifall begrüßt)*: Hohe Bundesversammlung! Zunächst möchte ich Ihnen, meine Herren Präsidenten, für Ihre freundlichen Worte danken, die Sie im Namen der Bundesversammlung an mich gerichtet haben. Danken möchte ich aber vor allem auch den vielen Menschen, die mir anlässlich meiner Wahl ihr Vertrauen geschenkt haben.

Ich betrachte es als meine höchste und vornehmste Aufgabe, ein Bundespräsident zu werden, zu dem alle Bürgerinnen und Bürger der Republik Österreich das notwendige Vertrauen haben.

Ich hoffe, daß mir dies umso eher gelingen wird, als der Wettbewerb um das Amt in fairer Weise verlief. Dafür möchte ich in dieser Stunde meinen Mitbewerbern und allen, die dazu beitrugen, nochmals aufrichtig danken. Es wurde damit gezeigt, daß es auch in der Politik die oft vermißte Fairneß gibt, die wir einander als Menschen schuldig sind.

Ich möchte auch meinem Amtsvorgänger, Dr. Kurt Waldheim, für alles danken, was er in den vergangenen Jahren unter schwierigen Bedingungen für Österreich und für seine Menschen geleistet hat. Ich erinnere hier — es wurde heute schon erwähnt — vor allem an seine mutige Aktion zur Befreiung der österreichischen Geiseln im Irak und an die Hilfe, die er so vielen unverschuldet in Not geratenen Landsleuten gewährte. Dr.

Waldheim hat sich auch unermüdlich um die Verbesserung des politischen Klimas in unserem Lande bemüht und ist stets für den Dialog über Parteigrenzen hinweg eingetreten. — Dafür mein Dank und Respekt. *(Beifall.)*

Worte des Dankes und der Anerkennung möchte ich auch an Altbundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger richten. In seiner Antrittsrede vor fast zwanzig Jahren hat er betont, wie wichtig Glaubwürdigkeit in der Demokratie ist. Sie ist mehr als Staatsform, nämlich Denk- und Lebensform, sagte Dr. Kirchschläger damals. Sein Hinweis auf die Bedeutung des geschauten Beispiels ist heute noch von höchster Aktualität und wird auch mir Leitlinie meines Handelns sein. *(Beifall.)*

Hohe Bundesversammlung! Wir haben in den letzten Jahren in Europa einen fundamentalen Wandel miterlebt, wie ihn wohl niemand erwartet oder erträumt hat. Dieser „Triumph des Unerwarteten“ verlangt auch von unserem Land neue Anstrengungen und eine Erneuerung unseres Denkens und Handelns. Diese wahrhafte Zeitenwende sollte auch uns ein Signal des Aufbruchs, ein Signal der Neuorientierung und ein Signal der Selbstbesinnung sein.

Die letzte Zeit hat aber auch einen grundlegenden Stimmungswandel in den westlichen Demokratien gebracht. Auf den Jubel über den Fall des Kommunismus folgten inzwischen Angst und Unsicherheit über die Zukunft. Der heute schon zitierte Sir Karl Popper hat angesichts dieser Stimmung festgestellt, daß die Zukunft offen sei und unsere Grundeinstellung daher nicht von der Frage beherrscht sein sollte „Was wird kommen?“, sondern von der Frage „Was sollen wir tun, um womöglich die Welt ein wenig besser zu machen?“.

Diese Frage stellt sich auch für uns. — Ich glaube, daß Österreich viel einbringen kann in die Gestaltung eines neuen, eines freien und eines friedlichen Europas. In der Einigung Europas liegt auch für uns Österreicher eine zukunftsweisende Aufgabe, für die wir mit unserer geschichtlichen Erfahrung und kulturellen Tradition gute Voraussetzungen mitbringen. Es ist meine feste Absicht, dazu meinen Beitrag zu leisten.

Damit Österreich im Europa und in der Welt von morgen seine Interessen wirkungsvoll vertreten kann, müssen wir noch weltoffener, noch aufgeschlossener werden. Wir können uns keine Selbstbezogenheit leisten. Die Vorstellung, in glücklicher Abgeschlossenheit allein zu überleben, ist heute fern jeder Realität. Die Insel der Seligen gibt es nicht.

Um den uns gebührenden Platz in Europa einnehmen zu können, müssen wir selbstbewußt für unsere Vorstellungen und Zielsetzungen eintreten. Wir sollten unsere Fähigkeiten nicht unterschätzen. Österreich ist dank der Leistungen seiner Wirtschaft und durch den Fleiß seiner Menschen ein wohlhabendes Land geworden, mit großer sozialer Sicherheit und hoher Lebensqualität. Darauf können wir mit Recht stolz sein.

Gerade als kleines Land müssen wir immer wieder und mit allem Nachdruck die gemeinsame Verantwortung Europas und der Welt für den Frieden einmahnen. Erleben wir doch heute in unserer Nachbarschaft eine Welle von Gewalt und Zerstörung, die es seit dem Zweiten Weltkrieg auf unserem Kontinent nicht mehr gegeben hat. Die Bilder von Tod und menschlichem Leid kommen aus Regionen, die oft nur wenige Autostunden von uns entfernt sind. Sie haben in Österreich eine Welle der Hilfsbereitschaft ausgelöst. Ich möchte hier allen Österreicherinnen und Österreichern für ihre Hilfsbereitschaft danken und sie bitten, die Hilfsaktionen auch weiterhin fortzusetzen. Wir dürfen unsere „Nachbarn in Not“ nicht allein lassen. *(Beifall.)* Internationale Solidarität in Krisenfällen muß rascher und effektiver mobilisiert werden. Gewalt und Aggression müssen ein Ende finden.

Hohe Bundesversammlung! Die Ereignisse in unserer Nachbarschaft sollen uns auch Mahnung sein, daß Freiheit, Menschenrechte und Demokratie keine Selbstverständlichkeit sind, sondern höchst fragile und gefährdete Güter. Es liegt auch in unserem Interesse, an den internationalen Bemühungen zur Lösung von Konflikten und zur Wiederherstellung und Sicherung des Friedens möglichst aktiv und konstruktiv mitzuarbeiten. Ich bekenne mich daher zur Mitwirkung Österreichs am Bau einer neuen europäischen Friedensordnung, deren Konturen sich heute schon abzeichnen. Wir müssen aber auch selbst nach besten Kräften für unsere eigene Sicherheit sorgen.



Bundespräsident Dr. Thomas Klestil bei seiner Ansprache

Österreich steht heute auch sicherheitspolitisch vor den wohl wichtigsten Jahren seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages. Wir müssen ernsthaft und in vollem Bewußtsein der damit verbundenen Verantwortung über Inhalt und Zukunft unserer Neutralität nachdenken. Die Neutralität ist nicht Selbstzweck, sondern dient der Sicherheit unseres Landes. Die veränderte Situation in Europa und die neuen Bedrohungsbilder erfordern eine Fortentwicklung der Neutralität in Richtung Solidarität, denn Europas Sicherheit ist auch unsere Sicherheit. *(Beifall.)*

Unsere unruhige Zeit erfordert ein klares Bekenntnis zur österreichischen Landesverteidigung. Die Bedrohungsbilder haben sich verändert. Unser Bundesheer braucht Strukturen, die den neuen Herausforderungen und Bedrohungen gewachsen sind. Es muß vor allem die ihm anvertrauten jungen Staatsbürger von der Sinnhaftigkeit ihres Wehrdienstes durch eine bessere und vorbildhafte Ausbildung überzeugen und sie für seine, für unsere Sache gewinnen. Das Bundesheer braucht daher eine Ausstattung, eine Ausbildung und eine geistige Haltung, die geeignet sind, unser Land, unsere Menschen und auch das Leben jener, die den Einsatz auf sich nehmen, bestmöglich zu schützen.

Europapolitik ist vor allem Friedenspolitik. Zur Europäischen Integration gibt es keine wirkliche Alternative. Die Europäische Gemeinschaft ist die Kraft in Europa. Je früher wir ihr angehören, umso eher können wir ihre Politik mitbestimmen. Wir haben allen Grund, selbstbewußt in die Beitrittsverhandlungen zu gehen. Aber auch hier halte ich eine offene und ehrliche Diskussion über die Vor- und Nachteile einer österreichischen EG-Mitgliedschaft für unverzichtbar. Das geeinte Europa wird nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entstehen. Es erfordert ihre Zustimmung und ihr Engagement.

Das künftige neue Europa braucht mehr als die professionelle Qualität jener, die auf der Klaviatur der internationalen Politik zu spielen verstehen. Es braucht auch die aktive Mitarbeit der Menschen aus allen Bildungsbereichen, dem Kultur- und Geistesleben, der Wissenschaft, der Wirtschaft und den Medien. Wir müssen uns daher in der Zukunft noch mehr um eine „Politik des Geistes“ bemühen.

Wir — und dazu zählt auch der Bundespräsident — müssen für die Teilnahme an der Politik werben, müssen zeigen, wie wichtig es ist, für die res publica zu arbeiten, miteinander zu bestimmen, was das Richtige und was das Wichtige für unser Land ist. Es gibt bei uns nicht nur zuviel vorauseilenden Gehorsam, sondern auch zuviel vorauseilende Resignation. Es gibt auch zuviel destruktive Kritik und zuwenig konstruktives Denken. Ich werde daher all jene ermutigen und unterstützen, die sich nicht nur über die Politik beklagen, sondern auch bereit sind, selbst Verantwortung zu übernehmen.

Hohe Bundesversammlung! Zu einer zukunftsweisenden Politik des Geistes gehört auch das Bekenntnis zur eigenen Vergangenheit und Geschichte. Eine Gesellschaft ohne Geschichte ist eine Gesellschaft ohne Zukunft. Nur die Erinnerung und ihre Verinnerlichung im Bewußtsein der Menschen, vor allem der jungen Generation, können uns vor einer Wiederholung der Fehler und Verirrungen der Vergangenheit bewahren. Wer seine Geschichte vergißt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.



Wir stehen hier vor einer wichtigen Bildungsaufgabe von hoher moralischer Verantwortung. Wir müssen uns ehrlich und aufrichtig mit unserer Geschichte befassen. Das sind wir den unzähligen Opfern schuldig, die Unmenschlichkeit, Haß und Rassenwahn in der Vergangenheit gefordert haben. Das sind wir aber auch uns selbst schuldig. Nur wenn wir vor unserer Geschichte in Wahrheit leben, mit ihren hellen wie mit ihren dunklen Stunden, können wir daraus die Kraft schöpfen, um eine bessere, eine menschlichere Zukunft aufzubauen. Versuchen wir also, gemeinsam mit jenen, denen Unrecht und Leid zugefügt wurden, den Weg der Gerechtigkeit, der Wahrhaftigkeit, der gegenseitigen Achtung und der Toleranz zu gehen.

Es erfüllt mich mit besonderer Freude, daß gerade junge Menschen, mit denen ich in den vergangenen Monaten viele Gespräche führen konnte, besondere Sensibilität und Bereitschaft besitzen, sich mit den Fragen der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Dieses Engagement unserer Jugend, ihre Bildung und Herzensbildung sind das wichtigste Kapital für die Zukunft unseres Landes.

Hohe Bundesversammlung! Unserer Jugend müssen wir auch glaubhaft machen, daß die Politik für die Menschen da ist und nicht umgekehrt. Wir müssen ihr in unserer täglichen Arbeit beweisen, daß Politik nicht Selbstzweck ist und daß es in der Politik sauber zugeht. Politische Abstinenz und politischer Radikalismus sind Warnsignale für die politische Stabilität unseres Landes und für unsere Demokratie. Wir müssen diese Zeichen ernst nehmen und alles tun, um die Glaubwürdigkeit der Politik und ihrer Problemlösungsfähigkeit wieder zu stärken.

Ich weiß, daß hier schon einiges geschehen ist, glaube aber, daß noch mehr geschehen muß. Wir müssen Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit und Objektivität zu den obersten Prinzipien unseres politischen Handelns machen. Wir müssen Aggression und Radikalismus im Umgang miteinander abbauen. Wir müssen ein Vorbild geben, ein Vorbild in unserer Sprache und ein Vorbild in unserem Handeln. Zu oft herrschen im täglichen politischen Diskurs eine sterile Aufgeregtheit und Radikalisierung der Sprache, die vom Bürger als Selbstabwertung der Politik empfunden werden muß.



Aggressivität kann nicht die Substanz der Politik ersetzen. Sie ist auch der Feind wahrer Liberalität, die sich stets darum bemüht, auch mit dem Kopf des anderen zu denken und mit seinen Augen zu sehen. Die Gegner einer liberalen Gesellschaft sind jene, die sich selbst zum alleinigen Maß ihres Handelns machen.

Wir leben heute vielleicht auch zu sehr in einer Demokratie der öffentlichen und der veröffentlichten Meinung. Dies veranlaßt die Parteien, in die Menschen hineinzuhorchen, deren oft recht selbstbezogene Wünsche aufzuspüren und danach ihr Programm auszurichten, um sich auf diese Weise der Zustimmung der Wähler zu versichern. Kommen in diesem Meinungs- und Popularitätswettlauf nicht vielleicht politische Vision und politische Überzeugungskraft zu kurz? Geht eine Politik, die es allen recht machen will, nicht an langfristigen Grundsatzüberlegungen über Lebenswert und Lebenssinn und an den Werten vorbei, die den Umgang miteinander, in Familie und Gesellschaft, bestimmen sollen?

Die Demokratie braucht die Parteien. Es geht nicht ohne sie. Umso wichtiger ist, wie es um ihr Ansehen bestellt ist. Es ist durchaus legitim, daß Politiker für sich und ihre Partei Macht anstreben. Aber Machtstreben darf nicht auf Kosten des Wohls der Gemeinschaft gehen. Die Politik braucht auch Menschen, die selbstlos für die res publica arbeiten, aus Liebe zu Österreich und weil sie es als eine Ehre betrachten, dem Land zu dienen.

Eine lebendige Demokratie braucht nicht nur lebendige Parteien. Sie braucht auch die Kontrolle der Macht durch Wachsamkeit und Bereitschaft zu fairer Kritik. Mitdenken, Mitfühlen und Mithandeln der Bürgerinnen und Bürger des Landes sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Kontrolle der Macht. Den Medien kommt dabei als Quelle der Information und Meinungsbildung eine unverzichtbare Aufgabe zu. Die politische Kultur eines Landes wird auch maßgeblich von der Qualität seiner Medien bestimmt. Diese sind aber auch selbst eine Säule des Machtgefüges. So wie die Parteien ihre Wähler brauchen die Medien ihre Auflagen und Einschaltquoten. Ihre eigentliche Kontrolle sind wache und aufmerksame Hörer und Leser und eine hoffentlich faire Konkurrenz. Dennoch tragen die Medien selbst besondere Verantwortung. Sie unterliegen der Instanz des Gewissens, das zwar oft leise, aber mit beharrlicher Stimme spricht und manchmal ein langes Gedächtnis hat.

Die Suche nach Orientierung, nach Antwort auf Grundsatzfragen, die unser Menschenbild und unser Dasein wesentlich bestimmen, geht uns alle an, weit mehr als der oft im Vordergrund stehende politische Tagesstreit. Hier sind alle geistigen Kräfte des Landes gefordert, auch jene, die sich in die eigenen vier Wände zurückgezogen und die Gestaltung der Gesellschaft den Parteien überlassen haben, um sie dann umso heftiger zu kritisieren. Der Rückzug auf sich selbst ist kein politisches Programm. Das staatsbürgerliche Bewußtsein darf nicht vom Seelenfrieden der Teilnahmslosigkeit geprägt sein. Wenn von den Parteien der Rückzug auf ihre eigentlichen Aufgaben gefordert wird, dann braucht es mehr Eigenverantwortung der Bürger für Staat und Gesellschaft.

Die technisch-bürokratische Organisationsform einer modernen Gesellschaft entlastet die Menschen von vielen Mühen und Problemen. In ihrer Spätblüte nimmt sie ihnen aber auch das Gefühl, im eigenen Leben — soweit es das Gemeinschaftsleben betrifft — noch eine gestaltende Rolle zu spielen. Wir müssen also ein neues Maß finden, das dem einzelnen gegenüber den politischen Institutionen mehr Einfluß und Souveränität verleiht. Das Persönlichkeitswahlrecht ist ein solches Maß und muß daher noch stärker ausgebaut und weiterentwickelt werden.

Hohe Bundesversammlung! Wir werden dafür zu sorgen haben, daß wieder mehr Vertrauen in unseren Staat und in seine Institutionen entsteht. Wir müssen insbesondere das Vertrauen jener gewinnen, die zu den Benachteiligten der Gesellschaft zählen: Ich meine die Frauen, die durch Doppelbelastung und schlechtere Berufschancen immer noch zur benachteiligten Mehrheit zählen (*Beifall*), ich meine die Familien mit Kindern, die für die Zukunft unseres Landes so wichtig sind (*Beifall*), ich meine die Bauern, die für unsere Versorgung und unsere Kulturlandschaft Unverzichtbares leisten (*Beifall*), ich meine die Behinderten, denen oft nicht angemessen geholfen wird (*Beifall*), ich meine die älteren Menschen, die ein Recht auf einen Lebensabend in Würde und Geborgenheit haben (*Beifall*), ich meine die Minderheiten, die sich oft in ihrer Entfaltungsmöglichkeit beeinträchtigt fühlen (*Beifall*), ich meine all die Menschen, die unserer Hilfe bedürfen,

nicht nur bei uns, sondern auch in unserer Nachbarschaft und in der Dritten Welt.
(Beifall.)

Humanität ist aber nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der Sorge und der Sorgfalt, die wir den Schwachen und Hilfsbedürftigen entgegenbringen. Ich möchte hier von den „Helden des Alltags“ sprechen, die in oft unauffälliger und selbstloser Weise durch besondere Leistungen für den Nächsten zu einer besseren Welt beitragen. Ich danke ganz besonders den Kirchen und den karitativen und sozialen Einrichtungen, die sich dieser Aufgabe der Menschlichkeit mit so großer Hingabe und Aufopferung widmen. (Beifall.)

Wir müssen uns immer wieder die Frage stellen, ob wir den Anliegen der Schwachen in der Gesellschaft auch wirklich gerecht werden und ob unser Umgang mit der Natur die langfristigen Konsequenzen unseres heutigen Lebens für die Zukunft überhaupt ernsthaft berücksichtigt. Wir müssen lernen, mehr an den anderen und an die kommenden Generationen zu denken und weniger an die eigenen Vorteile und Privilegien.

Ich wünsche mir auch, daß wir Begriffe wie „Heimatland“ und „Heimatliebe“ wieder selbstbewußt aussprechen. (Beifall.) Patriotismus heißt für mich nicht feindselige Abgrenzung gegenüber anderen Völkern, sondern Verbundenheit mit unserem Land, mit Stadt und Gemeinde, mit der eigenen Kulturlandschaft und Sprache, mit religiöser und menschlicher Zusammengehörigkeit, mit den Mitbürgern unseres Landes. Wenn wir das Eigene kultivieren, dann werden wir auch das andere, das uns Fremde, in seiner Besonderheit besser verstehen und vielleicht auch zu schätzen wissen. Patriotismus heißt für mich schlicht und einfach: wieder stolz sein auf Österreich und seine Menschen.
(Beifall.)

Mein Beitrag wird es sein, für die Interessen dieses Landes in aller Welt einzutreten und für die Bürger dieses Landes mit ganzem Herzen da zu sein.

Gehen wir also an die Arbeit, mit Optimismus und Zuversicht, ja mit Freude, wissend, daß die Qualität unseres Lebens auch davon abhängt, wie es den anderen und der Gemeinschaft geht!

Im Sinne dieser Grundsätze, an denen ich mich jeden Tag der vor mir liegenden Amtszeit engagiert und unbeirrbar orientieren will, rufe ich allen Österreicherinnen und Österreichern zu: Arbeiten wir gemeinsam für unser geliebtes Österreich! (Lang anhaltender Beifall. — Bundespräsident Dr. Klestil begibt sich unter dem lang anhaltenden lebhaften Applaus der Anwesenden vom Rednerpult zu seinem Platz im Halbrund zurück.)

Vorsitzender: Ich danke Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, im Namen aller Anwesenden, aller Zuhörer und Zuseher für die klaren und wegweisenden Worte, die Sie an uns gerichtet haben.

Die 14. Bundesversammlung der Republik Österreich endet nunmehr mit der Bundeshymne.

(Das Bläserensemble des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters trägt die Bundeshymne vor, die von den Anwesenden stehend mitgesungen wird.)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 11 Uhr 56 Minuten

Fotos: Haslinger

Druck: Österreichische Staatsdruckerei